



# BAMF-Kurzanalyse

Ausgabe 02|2024 der Kurzanalysen des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge

2 | 2024

## Institutionenvertrauen Geflüchteter in Deutschland

von Amrei Maddox

### AUF EINEN BLICK

Auf Basis von Daten der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten, der IAB-SOEP-Migrationsstichprobe und des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) wird in dieser Kurzanalyse das Vertrauen Geflüchteter in die wichtigsten deutschen Institutionen im Vergleich zu Zugewanderten ohne Fluchterfahrung und Personen ohne Migrationshintergrund untersucht.

- Das Vertrauen der Geflüchteten fällt deutlich größer aus als das von Zugewanderten ohne Fluchterfahrung und Personen ohne Migrationshintergrund.
- Es zeigt sich ein über die Gruppen hinweg einheitliches Muster des größten Vertrauens in die Polizei, gefolgt vom Vertrauen in Rechtssystem und Bundestag. Politischen Parteien sowie Politikerinnen und Politikern wird am wenigsten Vertrauen entgegengebracht.
- Bei Geflüchteten hängt das Institutionenvertrauen mit demografischen und sozioökonomischen Merkmalen, der Zufriedenheit mit dem eigenen Einkommen und dem politischen Interesse zu-

sammen. Ein höheres Bildungsniveau sowie Sorgen um Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass in Deutschland gehen bei ihnen mit einem geringeren Institutionenvertrauen einher.

- Unterschiedliche Zusammensetzungen hinsichtlich Merkmalen bei Demografie, sozioökonomischem Status und Einstellungen können die Unterschiede im Institutionenvertrauen zwischen Geflüchteten und Zugewanderten ohne Fluchterfahrung sowie Personen ohne Migrationserfahrung nicht erklären.
- Zugewanderte ziehen offenbar die demokratische Lage im Herkunftsland als Referenzrahmen für die Bewertung der deutschen Institutionen heran. Je weniger demokratisch dieses vor dem Zuzug nach Deutschland war, desto höher fällt das Institutionenvertrauen aus. Die Berücksichtigung dieses Faktors kann die Differenz im Institutionenvertrauen zwischen Geflüchteten und Zugewanderten ohne Fluchterfahrung erklären.

Das Vertrauen in die Institutionen eines Landes ist von zentraler Bedeutung für das Funktionieren einer effektiven Demokratie und die Legitimität der Regierung (Newton et al., 2018). Zudem stellt das Institutionenvertrauen einen wichtigen Indikator für den sozialen Zusammenhalt dar. Für Zugewanderte kann es einen Hinweis darauf geben, inwieweit sie sich von der Aufnahmegesellschaft akzeptiert fühlen (OECD, 2023). Misstrauen hingegen kann auf der individuellen Ebene zu Entfremdung und Abkehr von der Gesellschaft führen. Auf gesellschaftlicher Ebene wirkt es sich beispielsweise negativ aus, wenn fehlendes Vertrauen in die Polizei und das Rechtssystem Personen davon abhält, sich bei rassistischer Gewalt oder bei anderen Problemen an die Strafverfolgungsbehörden zu wenden. Auch eine Studie zur Akzeptanz der Abstandsregeln während der Corona-Pandemie zeigt deutlich, welche gesellschaftliche Relevanz dem Institutionenvertrauen zukommt: Je mehr Personen politischen Institutionen vertrauten, desto eher waren sie bereit, sich an diese Regeln zu halten (Weiß & Tosun, 2021).

Das Institutionenvertrauen Geflüchteter wurde bisher nur selten explizit untersucht. Die meisten Studien untersuchen das Institutionenvertrauen der Wohnbevölkerung an sich, das von Zugewanderten und ihren Nachkommen oder das von Personen mit Migrationshintergrund im Vergleich zur restlichen Wohnbevölkerung. Der überwiegende Teil dieser Studien – ebenso wie die wenigen Befunde zu Geflüchteten – zeigt, dass das Institutionenvertrauen der Zugewanderten höher ausfällt als in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (z. B. Beelmann et al., 2019; IntMK, 2023; OECD, 2023). Dies ist insbesondere für Geflüchtete nachvollziehbar, wenn man bedenkt, dass sie meist aus

Ländern mit autoritären und wenig demokratischen Regimen kommen, in denen vielfach Krieg oder Bürgerkrieg herrscht, sodass die deutsche Demokratie und ihre Institutionen im Vergleich besonders positiv abschneiden dürften. Zudem geben sie vielfach an, Deutschland aufgrund gesellschaftlicher und staatlicher Aspekte, etwa der Achtung der Menschenrechte, als Zielland gewählt zu haben (Sirries et al., 2016). Dieses ausgeprägtere Vertrauen scheint jedoch mit einer längeren Aufenthaltsdauer in Deutschland einem Abwärtstrend zu folgen und sich an das Niveau der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund anzugleichen (Röder & Mühlau, 2012).

Um mehr über das Vertrauen der Geflüchteten zu erfahren, die seit 2013 und insbesondere in den Jahren 2015 und 2016 nach Deutschland gekommen sind, untersucht die vorliegende Kurzanalyse das Vertrauen, welches diese Gruppe im Befragungsjahr 2021 den zentralen deutschen Institutionen entgegenbrachte. Dabei werden auch Vergleiche zu Zugewanderten ohne Fluchterfahrung sowie zu Menschen ohne Migrationshintergrund gezogen. Des Weiteren werden die Zusammenhänge des Institutionenvertrauens mit verschiedenen Merkmalen untersucht und es wird analysiert, inwiefern diese Variablen die Unterschiede zwischen Geflüchteten und den anderen Bevölkerungsgruppen erklären können. Zuletzt werden auch migrations- und integrationsbezogene Merkmale ins Auge gefasst. Dabei stehen insbesondere die demokratischen Verhältnisse im Herkunftsland im Fokus, bei denen davon ausgegangen wird, dass sie für Zugewanderte als Referenzrahmen zur Bewertung der deutschen Institutionen dienen.

## INFOBOX 1: DATENGRUNDLAGE

Die vorliegenden Analysen basieren auf den Daten der sechsten Erhebungswelle der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten aus dem Jahr 2021. Für diese bundesweite Befragung von Geflüchteten werden seit 2016 jährlich Personen interviewt, die nach Deutschland gekommen sind und hier einen Asylantrag gestellt haben, unabhängig von Verlauf und Ausgang des Asylverfahrens. Berücksichtigt werden somit sowohl Personen, die sich im Asylverfahren befanden (Asylbewerber bzw. -bewerberinnen), als auch solche, denen bereits ein Schutzstatus zuerkannt wurde. Weiterhin werden auch Personen befragt, deren Asylantrag abgelehnt, deren Ausreise bzw. Abschiebung jedoch ausgesetzt wurde und die daher überwiegend eine Duldung erhalten haben. Die Stichprobe wurde auf Basis des Ausländerzentralregisters (AZR) gezogen und umfasst Personen, die zwischen dem 01. Januar 2013 und dem 31. Dezember 2019 eingereist sind (Brücker et al., 2018). Bei Verwendung statistischer Gewichtungsverfahren sind

die auf Basis der Daten gewonnenen Ergebnisse repräsentativ für die Haushalte der oben abgegrenzten Population (für eine detaillierte Darstellung der Stichprobenziehung: Kroh et al., 2016; Kühne et al., 2019; Jacobsen et al., 2019).

Für den Vergleich mit Personen ohne Migrationshintergrund sowie Zugewanderten ohne Fluchterfahrung werden zudem Daten der SOEP-Befragung (für weitere Informationen: Giesselmann et al., 2019; Goebel et al., 2019) und der IAB-SOEP-Migrationsstichprobe (für weitere Informationen: Brücker et al., 2014) verwendet. Personen ohne Migrationshintergrund sind dabei gemäß dem SOEP als Menschen definiert, die in Deutschland geboren wurden und deren Eltern und Großeltern nicht selbst zugewandert sind. Geflüchtete, die vor 2013 nach Deutschland gekommen sind, sowie Angehörige der Nachfolgenerationen sind von den Analysen ausgeschlossen.

## Geflüchtete vertrauen deutschen Institutionen deutlich stärker als Zugewanderte ohne Fluchterfahrung oder Personen ohne Migrationshintergrund

Die folgenden Analysen werden auf Basis der Daten der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten in Kombination mit Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) und der IAB-SOEP-Migrationsstichprobe aus dem Jahr 2021 (vgl. Infobox 1) durchgeführt. Dabei wird zunächst das Vertrauen in verschiedene deutsche Institutionen (vgl. Infobox 2) bei Geflüchteten, Zugewanderten ohne Fluchterfahrung und Personen ohne Migrationshintergrund verglichen.

Im Einklang mit bisheriger Forschung zum Institutionenvertrauen Geflüchteter (Beelmann et al., 2019) zeigt sich über alle Institutionen hinweg das einheitliche Bild, dass Geflüchtete den abgefragten Institutionen ein größeres Vertrauen entgegenbringen als Zugewanderte ohne Fluchterfahrung oder Personen ohne Migrationshintergrund (Abbildung 1). Während die Unterschiede im Institutionen-

vertrauen zwischen Geflüchteten und den anderen beiden Gruppen jeweils signifikant sind, unterscheiden sich Zugewanderte ohne Fluchterfahrung nicht signifikant von Personen ohne Migrationshintergrund in ihrem Institutionenvertrauen. Bemerkenswert sind vor allem die großen Anteile der Geflüchteten, die angeben, den abgefragten Institutionen voll und ganz zu vertrauen (Wert 10; Abbildung 1).

Die Gruppen unterscheiden sich zwar jeweils in der Intensität, haben aber ähnliche Muster des Institutionenvertrauens (Abbildung 1). Dabei fällt das Vertrauen gegenüber der Polizei am größten aus, gefolgt vom Rechtssystem und vom Bundestag. So geben 88 % der Geflüchteten an, der Polizei zu vertrauen (Wert zwischen 6 und 10), im Vergleich zu 74 % der Zugewanderten ohne Fluchterfahrung und 77 % der Personen ohne Migrationshintergrund. Beim Rechtsstaat sind es entsprechend 84 % der Geflüchteten im Vergleich zu 65 % und 61 % und beim Bundestag 75 % im Vergleich zu jeweils 48 % in den anderen beiden Gruppen. Das Vertrauen gegenüber Politikerinnen und Politikern sowie politischen Parteien ist hingegen in allen Gruppen deutlich geringer. So sprechen 52 % der Geflüchteten und jeweils 31 % der Zugewanderten ohne Fluchterfahrung und 28 % der Personen ohne Migrationshintergrund den politischen Parteien ihr Vertrauen aus. Die Werte für das Vertrauen

### INFOBOX 2: ERHEBUNG INSTITUTIONENVERTRAUEN

Die Befragten wurden gebeten, auf einer 11-stufigen Skala von 0 „Vertraue ich überhaupt nicht“ bis 10 „Vertraue ich voll und ganz“ anzugeben, inwiefern sie persönlich den folgenden Institutionen oder Personengruppen vertrauen:

- dem Bundestag
- dem Rechtssystem
- der Polizei
- Politikerinnen und Politikern
- politischen Parteien

Von den Personen, die die Fragen zum Institutionenvertrauen gestellt bekamen, haben 78 % der Geflüchteten zu allen Institutionen eine Angabe gemacht – im Vergleich zu 90 % der Zugewanderten ohne Fluchterfahrung und 98 % der Personen ohne Migrationshintergrund. Geflüchtete, die vergleichsweise kurz in Deutschland leben, kennen die genannten Institutionen vermutlich nicht gut genug, um den Grad ihres Vertrauens zu benennen, und geben deshalb häufiger „Weiß nicht“ an. Der Anteil fehlender Angaben fällt hinsichtlich des Vertrauens in Politikerinnen und Politiker (13 %) sowie Parteien (15 %) deutlich umfangreicher aus als bei den anderen Institutionen, gefolgt von der Frage zum Bundestag (8 %; Rechtssystem: 5 %; Polizei: 1 %).

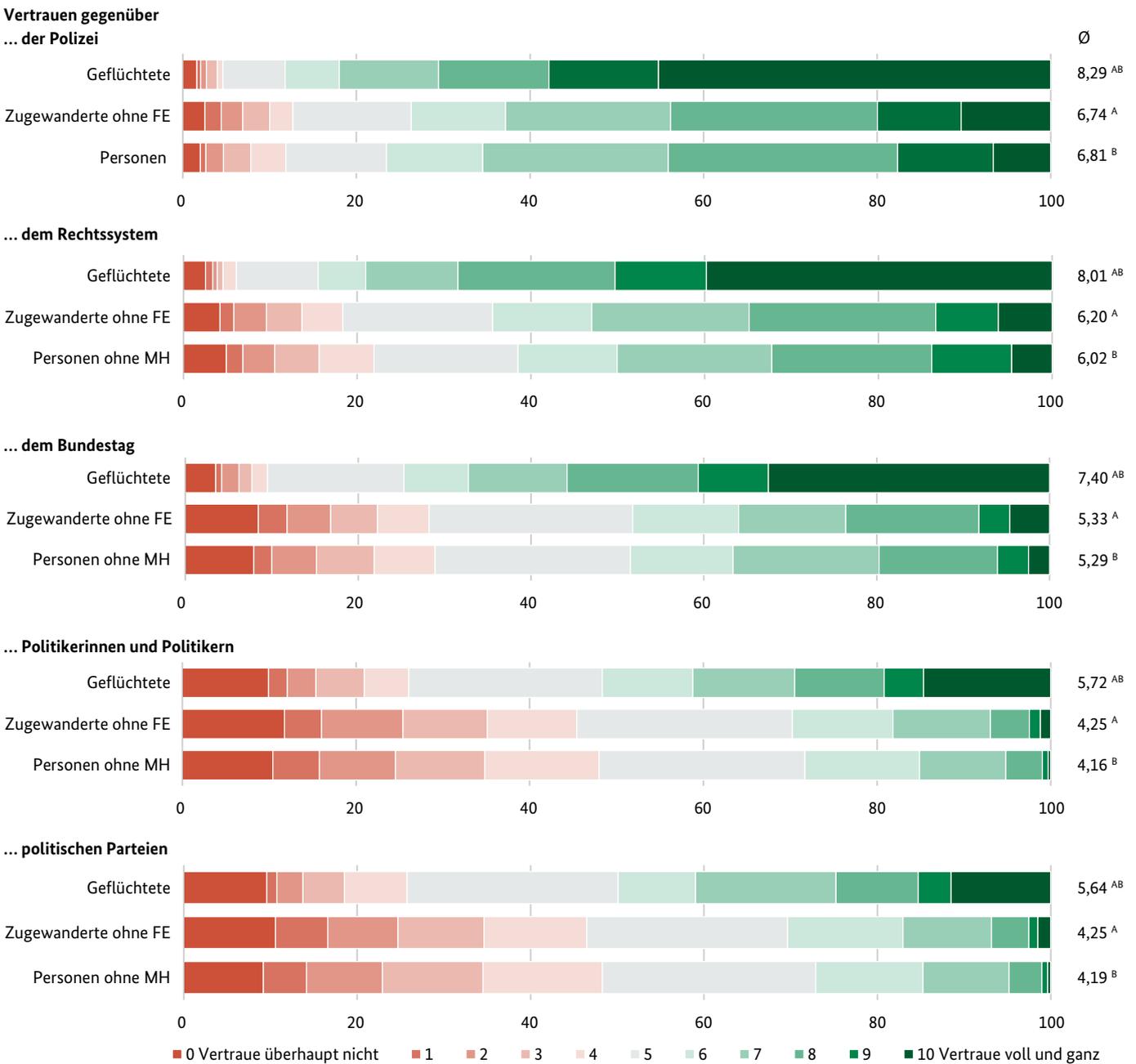
Das Vertrauen in diese einzelnen Institutionen kann zudem zu einem Index zusammengefasst werden (vgl. auch Newton et al., 2018), welcher das allgemeine Institutionenvertrauen widerspiegelt. Um diesen Index zu erstellen, wurde zunächst mithilfe einer sogenannten Hauptkomponentenanalyse bestätigt, dass die Items ein gemeinsames Konstrukt messen. Die neue Variable gibt das durchschnittliche Vertrauen in die fünf hier untersuchten Institutionen wieder. Sie nimmt ebenfalls Werte zwischen 0 (kein Vertrauen) und 10 (hohes Vertrauen) an. Separate Hauptkomponentenanalysen für die einzelnen Bevölkerungsgruppen bestätigen gleichermaßen das Vorliegen der gemeinsamen Dimension des allgemeinen Institutionenvertrauens. In den Analysen werden nur Personen berücksichtigt, die die Fragen zum Institutionenvertrauen gestellt bekamen und mindestens zu einer der fünf Fragen eine gültige Antwort gegeben haben. Der Index zum allgemeinen Institutionenvertrauen wurde für jede Person aus ihren gültigen Antworten berechnet. Als Robustnesscheck wurden die Analysen zusätzlich nur für Personen gerechnet, die für alle fünf Institutionen gültige Angaben gemacht haben. Dabei unterscheiden sich die Ergebnisse nicht maßgeblich.

gegenüber Politikerinnen und Politikern fallen sehr ähnlich dazu aus.

Dieses Muster mit dem ausgeprägtesten Vertrauen in Polizei und Rechtssystem (bzw. Gerichte und Justiz), dem Bundestag (bzw. Bundesregierung) im Mittelfeld und dem geringsten Vertrauen gegenüber Parteien und Politikerinnen bzw. Politikern zeigt sich auch in Untersuchungen auf Basis von anderen Erhebungen (z. B. Brand et al., 2020; Decker et

al., 2019; Pickel et al., 2020). Dabei spielt für das hohe Vertrauen in die Polizei und das Rechtssystem eine Rolle, dass diese Institutionen neutral und unparteiisch sind (Newton et al., 2018) bzw. so wahrgenommen werden. Weiterhin dürfte bei Geflüchteten zum Tragen kommen, dass sie mit der Polizei im Vergleich zu den anderen Institutionen bereits häufiger Kontakt gehabt haben dürften, etwa mit der Bundespolizei nach dem Grenzübertritt. Gleichzeitig spielt die Polizei in nicht demokratischen bzw. autoritären Län-

**Abbildung 1: Vertrauen gegenüber deutschen Institutionen nach dem Migrationshintergrund (in Prozent und Durchschnittswerte)**



Quelle: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2021, IAB-SOEP-Migrationsstichproben, Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), v38.1; Daten gewichtet; N(Polizei)=17.828, N(Rechtssystem)=17.639, N(Bundestag)=17.494, N(Politikerinnen und Politiker)=17.438, N(Parteien)=17.331.

Hinweis: MH = Migrationshintergrund; FE = Fluchterfahrung. Mittelwerte mit demselben hochgestellten Buchstaben (AB) unterscheiden sich auf dem 5%-Niveau signifikant voneinander.

dern vielfach eine wichtige Rolle in der Durchsetzung von Repressionen (z. B. BAMF, 2020, S. 21 ff.), sodass insbesondere bei dieser Institution der Unterschied zwischen der Polizei in Deutschland und der in den meisten Herkunftsländern der Geflüchteten besonders deutlich sein dürfte.

Im Gegensatz zur Polizei und dem Rechtssystem ist den Parteien inhärent, dass sie mehr oder weniger explizit nur die Interessen eines Teils der Bevölkerung vertreten, weshalb ihnen auch nur bedingt ein generelles Vertrauen ausgesprochen wird (Decker et al., 2019). Dasselbe dürfte auch für Politikerinnen und Politiker gelten. Bei Geflüchteten sowie Zugewanderten ohne Fluchterfahrung, die sich (noch) nicht haben einbürgern lassen, kommt hinzu, dass Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland nicht wahlberechtigt sind und die politische Landschaft somit nur sehr bedingt beeinflussen können. Davon ausgenommen sind lediglich EU-Ausländerinnen und -Ausländer, die zumindest an Kommunal- und Europawahlen teilnehmen dürfen. Zudem sind Zugewanderte in der politischen Landschaft Deutschlands deutlich unterrepräsentiert (Blätte et al., 2023), sodass sie sich möglicherweise weniger repräsentiert fühlen.

## Ausgewählte Zusammenhänge mit dem Institutionenvertrauen: Untersuchte Merkmale und Vorgehen

Die Forschungsliteratur zeigt auf, dass generell etwa das Geschlecht, das Alter und der sozioökonomische Status mit dem Institutionenvertrauen zusammenhängen. Zudem spielen die Bewertung der demokratischen Lage und das politische Handeln der Regierung beziehungsweise der Institutionen eine Rolle dafür, wie viel Vertrauen in die jeweiligen Institutionen gesetzt wird (z. B. Decker et al., 2019; SVR, 2020). Da diese zuletzt genannten Aspekte nicht Teil des Fragebogens waren, wird die Zufriedenheit in verschiedenen Bereichen des eigenen Lebens als näherungsweise Indikator für die Zufriedenheit mit dem Handeln und Funktionieren der Institutionen herangezogen. Wenn Personen beispielsweise mit ihrem Einkommen unzufrieden sind, ist es nicht unwahrscheinlich, dass sie die Verantwortung hierfür etwa auch beim Bundestag oder bei Politikerinnen und Politikern suchen. Umgekehrt dürfte sich Unzufriedenheit mit den Institutionen auch in Unzufriedenheit in einem oder mehreren Lebensbereichen niederschlagen. Schließlich könnten auch unterschiedliche politische Einstellungen für das größere Institutionenvertrauen von Geflüchteten verantwortlich sein. In dieser Studie soll dies für das politische Interesse, Sorgen um Ausländerfeindlichkeit und die dem Staat zugeschriebenen Verantwortungsbereiche untersucht werden.

Da das Institutionenvertrauen Geflüchteter bisher kaum erforscht ist, sollen zunächst die Zusammenhänge verschiedener Merkmale mit dem Vertrauen in die deutschen Institutionen analysiert werden. Im Anschluss wird untersucht, inwiefern die unterschiedliche Gruppenzusammensetzung von Geflüchteten, Menschen mit Migrations-, aber ohne Fluchterfahrung sowie Personen ohne Migrationshintergrund die Unterschiede im Institutionenvertrauen zwischen Geflüchteten und den anderen beiden Gruppen erklären kann. So waren Geflüchtete, die insbesondere 2015 und 2016 nach Deutschland kamen, etwa vergleichsweise jung und überwiegend männlich (Brücker et al. 2018). Um diese gruppenübergreifenden Analysen zu ermöglichen, werden vorerst nur Merkmale berücksichtigt, die für alle drei Gruppen beobachtet werden können und nicht spezifisch für Zugewanderte sind. Spätere Analysen widmen sich zusätzlich migrationspezifischen Merkmalen wie der Aufenthaltsdauer. Infobox 3 beschreibt die verwendeten erklärenden Variablen, die demografische und sozioökonomische Merkmale sowie Zufriedenheit und politische Einstellungen messen. Es werden multivariate lineare Regressionsanalysen mit dem allgemeinen Institutionenvertrauen (vgl. Infobox 2) als abhängiger Variable durchgeführt.

## Jüngere Geflüchtete vertrauen den deutschen Institutionen weniger stark als ältere

Es zeigt sich zunächst, dass bei den demografischen Merkmalen das Geschlecht sowie das Alter der Geflüchteten deutlich mit ihrem Institutionenvertrauen korrelieren (Tabelle 1). Demnach vertrauen Frauen den deutschen Institutionen signifikant stärker als Männer. Hinsichtlich des Alters schenkt die jüngste Alterskohorte der 18- bis 24-Jährigen den deutschen Institutionen signifikant weniger Vertrauen als die älteren Gruppen; in der Gruppe der 45- bis 54-Jährigen fällt das Vertrauen am stärksten aus. Geflüchtete in diesem Alter geben unter Kontrolle der anderen Merkmale durchschnittlich ein um 1,7 Bewertungspunkte höheres Vertrauen an als 18- bis 24-Jährige. Diese Ergebnisse decken sich mit den Erkenntnissen zum Institutionenvertrauen Geflüchteter aus dem Thüringen-Monitor (Beelmann et al., 2019). Die Haushaltszusammensetzung hingegen weist keinen signifikanten Zusammenhang mit dem Institutionenvertrauen auf. Zudem zeigen sich bei den Geflüchteten keine Unterschiede nach dem Wohnort in Ost- oder Westdeutschland. Personen in den ostdeutschen Bundesländern haben üblicherweise – Studien zum Institutionenvertrauen in der deutschen Bevölkerung zufolge – ein geringeres Institutionenvertrauen (Brand et al., 2020; Decker et al., 2019). Dies könnte sich jedoch mit einer allmählichen Angleichung an das Institutionenvertrauen der Wohnbevölkerung – wie

## INFOBOX 3: ERKLÄRENDE VARIABLEN

Folgende Merkmale werden als erklärende Variablen in die Regressionsanalyse aufgenommen:

*Demografische Merkmale:* Geschlecht, Alter (kategorisiert), Wohnregion (West-/Ostdeutschland), Haushaltszusammensetzung

*Sozioökonomische Merkmale:* Höchster Bildungsabschluss, Erwerbsstatus, Bezug von Sozialleistungen (0/1)

*Zufriedenheit:* Zufriedenheit mit der eigenen Gesundheit, mit dem eigenen Einkommen und allgemeine Lebenszufriedenheit (jeweils 0–10)

*Einstellungen:*

- Sorgen um Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass in Deutschland (0/1)
- Starkes oder sehr starkes politisches Interesse (0/1)

- Verantwortung des Staates: Gleiche Lebensstandards (0–10) – Die Einstellungen zu den Aufgaben des Staates wurden den Ergebnissen einer Hauptkomponentenanalyse zufolge in zwei Variablen erfasst. In der Variable „gleiche Lebensstandards als staatliche Verantwortung“ ist die Zustimmung zu den Aussagen zusammengefasst, dass es in der Verantwortung des Staates liegen sollte, angemessene Lebensstandards im Alter, für Arbeitslose sowie für Arme und sozial Bedürftige sicherzustellen und Einkommensungleichheiten zu verringern.
- Verantwortung des Staates: Möglichkeiten/Versorgung (0–10) – Diese Variable fasst die Zustimmung zu den Aussagen zusammen, dass es in der Verantwortung des Staates liegen sollte, sich um ausreichende Möglichkeiten der Kinderbetreuung für Berufstätige, um die Bereitstellung umfassender Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten, um eine gute gesundheitliche Versorgung sowie um die ausreichende Versorgung mit Wohnraum zu kümmern.

es von verschiedenen Studien berichtet wird (z. B. Voicu & Tufiş, 2017) – mit der Zeit noch dahingehend ändern, dass auch bei Personen mit Fluchterfahrung in den ostdeutschen Ländern, wenn sie länger in Deutschland leben, das Vertrauen noch weiter zurückgehen wird als bei Geflüchteten in den westdeutschen Bundesländern.

## Höher gebildete Geflüchtete haben ein geringeres, nicht erwerbstätige und sich in Ausbildung oder Lehre befindliche Geflüchtete ein höheres Institutionenvertrauen

Empirische Ergebnisse zeigen oft, dass Personen mit einem geringem sozioökonomischen Status ein geringeres Institutionenvertrauen haben (Decker et al., 2019; Newton et al., 2018). Es wird unter anderem angenommen, dass diese Personen die Verantwortung für ihre vergleichsweise schlechte individuelle Position dem politischen System sowie den politischen Verantwortlichen zuschreiben und diesen daher weniger vertrauen (Röder & Mühlau, 2012). Gleichzeitig deuten Studien auch darauf hin, dass der sozioökonomische Status bei Zugewanderten der ersten Generation eine geringere Bedeutung für das Institutionenvertrauen hat als für Personen ohne Migrationshintergrund (Röder & Mühlau, 2012; Voicu & Tufiş, 2017; Vroome et al., 2013). Röder und Mühlau erklären dies dadurch, dass

Zugewanderte ihre Situation in Deutschland mit der von Personen im Herkunftsland vergleichen. Wenn sich dieser Vergleich zugunsten ihrer aktuellen Situation in Deutschland entscheidet, mildert dies den nachteiligen Effekt ihrer relativen Position in Deutschland ab, sodass sich ihr sozioökonomischer Status gar nicht oder weniger stark auf ihr Institutionenvertrauen auswirkt als etwa bei Personen ohne Migrationshintergrund (Röder & Mühlau, 2012).

Im Einklang damit zeigt sich in den vorliegenden Analysen kein signifikanter Zusammenhang zwischen dem Bezug von Sozialleistungen und dem Institutionenvertrauen bei Geflüchteten (Tabelle 1). Rechnet man dieselben Analysen für Personen ohne Migrationshintergrund, so weisen diese hingegen ein geringeres Vertrauen auf, wenn sie Sozialleistungen erhalten (ohne Abbildung).<sup>1</sup> Hinsichtlich der Bildung tritt sogar ein umgekehrter Effekt zutage, wonach Geflüchtete mit hohem Bildungsniveau im Vergleich zu niedrig gebildeten ein signifikant geringeres Vertrauen aufweisen. Dies steht im Gegensatz zu dem häufigen Befund eines ausgeprägteren Institutionenvertrauens bei höherer Bildung bei Personen mit und ohne Migrationshintergrund (z. B. Dollmann, 2022; Faus & Storks, 2019). Möglicherweise setzen sich höher gebildete Geflüchtete differenzierter mit den Institutionen auseinander, stehen ihnen somit kritischer gegenüber oder haben höhere Erwartungen an diese im Vergleich zu geringer gebildeten Geflüchteten. Mit Blick auf

<sup>1</sup> Für Zugewanderte ohne Fluchterfahrung findet sich ähnlich wie bei den Geflüchteten kein signifikanter Zusammenhang.

die Erwerbssituation zeigt sich, dass Geflüchtete, die eine Ausbildung oder Lehre absolvieren, sowie Nichterwerbstätige den deutschen Institutionen unter Kontrolle der anderen Merkmale stärker vertrauen als Erwerbstätige. Es ist denkbar, dass dem geringeren Vertrauen der Erwerbstätigen Erfahrungen mit Ungleichbehandlung oder Ausgrenzung im Arbeitsmarkt ursächlich zugrunde liegen. Dies könnte auch

eine Erklärung für das geringere Vertrauen höher gebildeter Geflüchteter sein, insofern sie sich in anderen Umfeldern bewegen als geringer Gebildete, andere Erfahrungen machen oder ein größeres Bewusstsein für Diskriminierung und Benachteiligung haben und diese möglicherweise häufiger bzw. differenzierter wahrnehmen.

**Tabelle 1: Zusammenhang verschiedener Merkmale mit dem Institutionenvertrauen bei Geflüchteten**

		Regressionskoeffizient	Standardfehler
<b>Demografische Merkmale</b>	Frau (Ref. Mann)	0,48**	(0,18)
	Alter in Jahren (Ref. 18–24)		
	25–34	0,86**	(0,26)
	35–44	1,15***	(0,26)
	45–54	1,71***	(0,31)
	55+	1,39***	(0,35)
	Haushalt-Konstellation (Ref. 1-Pers.-Haushalt)		
	Paar ohne Kind	-0,79	(0,43)
	Alleinerziehende	-0,38	(0,34)
	Paar mit Kind(ern)	-0,13	(0,23)
	Sonstige	-0,03	(0,30)
	Ostdeutschland (Ref. Westdeutschland)	-0,22	(0,24)
<b>Sozioökonomische Merkmale</b>	Bildung (Ref. Niedrig)		
	Mittel	-0,22	(0,18)
	Hoch	-0,50*	(0,21)
	Erwerbstätigkeit (Ref. Vollzeit)		
	Teilzeit	0,32	(0,23)
	Unregelmäßig/geringfügig/Kurzarbeit	0,19	(0,36)
	Ausbildung/Lehre	0,87**	(0,29)
	Nicht erwerbstätig	0,47*	(0,20)
Bezug von Sozialleistungen (Ref. Kein Bezug)	-0,01	(0,17)	
<b>Zufriedenheit</b>	Zufriedenheit: Gesundheit (0–10)	0,07	(0,04)
	Zufriedenheit: Einkommen (0–10)	0,14***	(0,04)
	Zufriedenheit: Allgemein (0–10)	0,07	(0,05)
<b>Einstellungen</b>	Sorgen um Ausländerfeindlichkeit (Ref. Keine)		
	Einige	-0,63***	(0,18)
	Große	-1,34***	(0,30)
	(Sehr) starkes politisches Interesse (Ref. Keins/geringes)	0,46*	(0,19)
	Staat: Gleiche Lebensstandards (0–10)	0,12	(0,08)
	Staat: Möglichkeiten/Versorgung (0–10)	0,16	(0,09)
	Konstante	2,17*	(0,90)
	N	2.100	
R <sup>2</sup>	0,23		

Quelle: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2021, v38.1; Daten gewichtet

Anmerkungen: Gewichtete, lineare Regression mit robusten Standardfehlern

## Je zufriedener Geflüchtete sind, desto stärker vertrauen sie den deutschen Institutionen

Weiterhin ist bei Geflüchteten ein positiver Zusammenhang zwischen dem Institutionenvertrauen und der Zufriedenheit mit dem eigenen Einkommen zu sehen (Tabelle 1). Dahinter steht die Annahme, dass die Verantwortung, insbesondere im Falle der Unzufriedenheit, den politischen Institutionen zugeschrieben wird, da diese mit ihrem politischen Agieren die Rahmenbedingungen in diesem und in anderen Lebensbereichen nachhaltig gestalten. Dieser Zusammenhang findet sich für die Zufriedenheit mit der eigenen Gesundheit und der allgemeinen Lebenszufriedenheit hingegen nicht. Dabei dürfte es eine Rolle spielen, dass Letztere mit vielen der im Modell berücksichtigten Merkmalen zusammenhängen, etwa demografischen Merkmalen oder der Erwerbssituation. Während jeweils bivariate Zusammenhänge in der erwarteten Richtung bestehen (ohne Abbildung), zeigen sich durch die gleichzeitige Berücksichtigung für die allgemeine Lebenszufriedenheit und die Zufriedenheit mit der Gesundheit keine signifikanten Zusammenhänge mehr.

## Sorgen um Ausländerfeindlichkeit in Deutschland verringern das Vertrauen merklich

Bei den untersuchten Einstellungen zeigt sich besonders deutlich ein negativer Zusammenhang des Institutionenvertrauens mit den Sorgen, die sich Geflüchtete um Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass in Deutschland machen (Tabelle 1). Diejenigen, die sich derartige Sorgen machen – und insbesondere jene mit großen Sorgen –, weisen ein deutlich geringeres Institutionenvertrauen auf als Geflüchtete, die sich darüber keine Sorgen machen. Dies deckt sich mit den Erkenntnissen eines Survey-Experiments, das einen negativen Zusammenhang zwischen der gesellschaftlichen Benachteiligung und Institutionenvertrauen offenbart. Dabei äußerten Personen mit Migrationshintergrund, die vor der Beantwortung der Fragen zu ihrem Institutionenvertrauen durch Fragen auf die Thematik der Diskriminierung aufmerksam gemacht wurden (sog. Priming), ein geringeres Vertrauen als Befragte, die zuvor nicht zu Diskriminierung befragt wurden (Tyrberg, 2023). Möglicherweise schreiben Geflüchtete mit derartigen Sorgen die Verantwortung für Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit den abgefragten Institutionen und Personengruppen zu. Denkbar ist aber auch ein umgekehrter oder wechselseitiger Zusammenhang in dem Sinne, dass ein geringeres Institutionenvertrauen auch Sorgen in Bezug auf Ausländerfeindlichkeit verstärken kann. Auch eigene Benachteiligungserfahrungen können eine

Rolle spielen (z. B. Vroome et al., 2013), wobei diese eine größere Bedeutung für generalisiertes Vertrauen und Vertrauen in spezifische andere zu haben scheinen als für politisches Vertrauen (Wilkes & Wu, 2019). Benachteiligungserfahrungen waren im Befragungsjahr 2021 nicht Teil des Fragebogens. Greift man auf die Informationen hierzu aus den Vorwellen zurück, welche jedoch nicht für alle Personen vorliegen, zeigt sich kein signifikanter Zusammenhang mit dem Institutionenvertrauen Geflüchteter (ohne Abbildung).

Geflüchtete mit großem oder sehr großem politischen Interesse haben ein um durchschnittlich 0,4 Bewertungspunkte höheres Vertrauen im Vergleich zu Personen mit einem geringeren Interesse an Politik. Betrachtet man die Institutionen getrennt, zeigt sich, dass das politische Interesse insbesondere mit dem Vertrauen in politische Parteien sowie Politikerinnen und Politiker korreliert, jedoch nicht mit der Bewertung der Polizei, des Rechtssystems und des Bundestags (ohne Abbildung). Möglicherweise stärkt das politische Interesse das Verständnis für politische Prozesse und somit das Vertrauen in politische Akteurinnen und Akteure. Bei Geflüchteten besteht unter Kontrolle der anderen Merkmale kein signifikanter Zusammenhang des Institutionenvertrauens mit den Einstellungen dazu, welche Aufgaben der Staat für seine Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen hat.

## Höheres Institutionenvertrauen von Geflüchteten lässt sich nicht durch demografische, sozioökonomische Merkmale, Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen sowie Einstellungen erklären

Wie bereits beschrieben, wird im Folgenden untersucht, inwieweit sich die Unterschiede zwischen Geflüchteten und Zugewanderten ohne Fluchterfahrung sowie Personen ohne Migrationshintergrund auf eine andere Zusammensetzung der Gruppen hinsichtlich demografischer und sozioökonomischer Merkmale, Zufriedenheit in verschiedenen Lebensbereichen sowie politischer Einstellungen zurückführen lassen (vgl. Infobox 3 für eine Beschreibung der verwendeten Variablen). Hierfür werden die einzelnen Merkmale schrittweise in die Analyse eingeführt.

Die Regressionsergebnisse zeigen, dass diese Merkmale zwar knapp ein Fünftel (18 %) der gesamten Varianz erklären können, aber nicht die Unterschiede zwischen Geflüchteten und den anderen Gruppen (Abbildung 2). Vielmehr treten sie mit der Aufnahme der untersuchten

Merkmale in die Analysen noch deutlicher zutage. Das bedeutet, dass die Differenzen im Institutionenvertrauen zwischen Geflüchteten und den anderen Gruppen noch größer wären, wenn Geflüchtete dieselbe Zusammensetzung hinsichtlich der untersuchten Merkmale wie die Bevölkerung ohne Fluchterfahrung hätten.

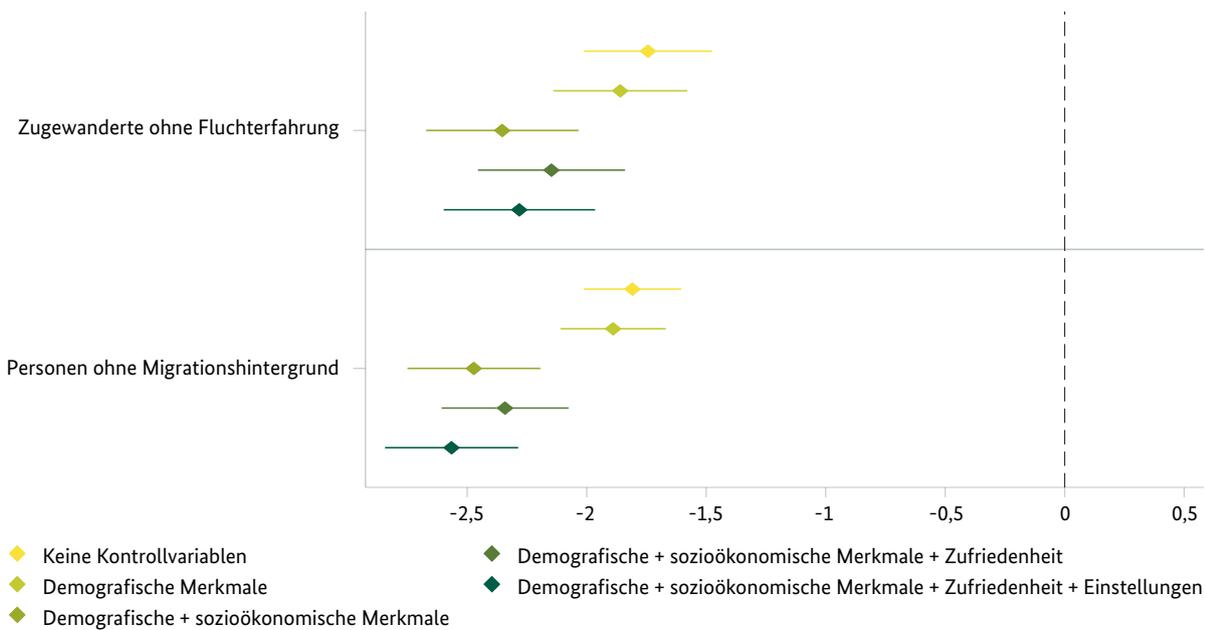
## Demokratische Lage im Herkunftsland dient als Referenzrahmen zur Bewertung der deutschen Institutionen

Wenn die bislang untersuchten Merkmale die Gruppenunterschiede nicht erklären können, stellt sich die Frage, woraus sich das so deutlich ausgeprägte Institutionenvertrauen der Geflüchteten sonst ergibt. Bisherige Forschungserkenntnisse deuten darauf hin, dass auch die **Bedingungen im Herkunftsland** eine Rolle für das Vertrauen in die Institutionen des Ziellandes spielen. Vermutet wird, dass diese von Zugewanderten als Referenzrahmen zur Bewertung der deutschen Institutionen herangezogen werden (Maxwell, 2010; Röder & Mühlau, 2012). Das Vertrauen in die

deutschen Institutionen dürfte bei Geflüchteten somit insbesondere deshalb vergleichsweise hoch ausfallen, da sie oft vor Krieg, Bürgerkrieg, Unterdrückung und Verfolgung in den Herkunftsländern geflohen sind, die Staatssysteme teilweise nicht oder nur bedingt funktionieren und die Regierungen nicht oder begrenzt demokratisch legitimiert sind. Zugewanderte ohne Fluchterfahrung können zwar in ähnlicher Weise ihr Herkunftsland als Referenzrahmen für die Bewertung der deutschen Institutionen heranziehen, jedoch ist die Lage dort – etwa hinsichtlich der politischen, gesellschaftlichen sowie demokratischen Verhältnisse – heterogener und im Vergleich vielfach weniger prekär.

Um diese These zu untersuchen, wird ein Index gebildet, der den Grad der Demokratisierung in den jeweiligen Herkunftsländern im Vorjahr der Zuwanderung nach Deutschland angibt und Werte zwischen -2,5 und +2,5 annimmt. Je höher die Werte sind, desto demokratischer ist das Land aufgestellt. Der Index wird aus sechs Indikatoren, den sogenannten „Worldwide Governance Indicators“ (Kaufman et al., 2010), gebildet, welche verschiedene Aspekte der Demokratie erfassen, darunter etwa die Korruption und Rechtsstaatlichkeit im Land, Möglichkeiten der freien Meinungsäußerung und freie Medien oder die Effektivität der Regierung.

**Abbildung 2: Zusammenhang des Migrationshintergrunds mit dem Institutionenvertrauen – Zugewanderte ohne Fluchterfahrung und Personen ohne Migrationshintergrund im Vergleich zu Geflüchteten (Regressionskoeffizienten mit 95%-Konfidenzintervall)**



Quelle: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2021, IAB-SOEP-Migrationsstichprobe, Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), v38.1; Daten gewichtet; N=16.610

Anmerkungen:  $R^2=0,179$ . Dieser Abbildung liegen gewichtete, lineare Regressionen mit robusten Standardfehlern zugrunde, in die die unabhängigen Variablen schrittweise eingeführt wurden.

Lesebeispiel: Das Institutionenvertrauen von Zugewanderten ohne eigene Fluchterfahrung fällt unter Berücksichtigung demografischer und sozioökonomischer Merkmale sowie der Zufriedenheit und Einstellungen um durchschnittlich 2,2 Bewertungspunkte geringer aus als das der Geflüchteten.

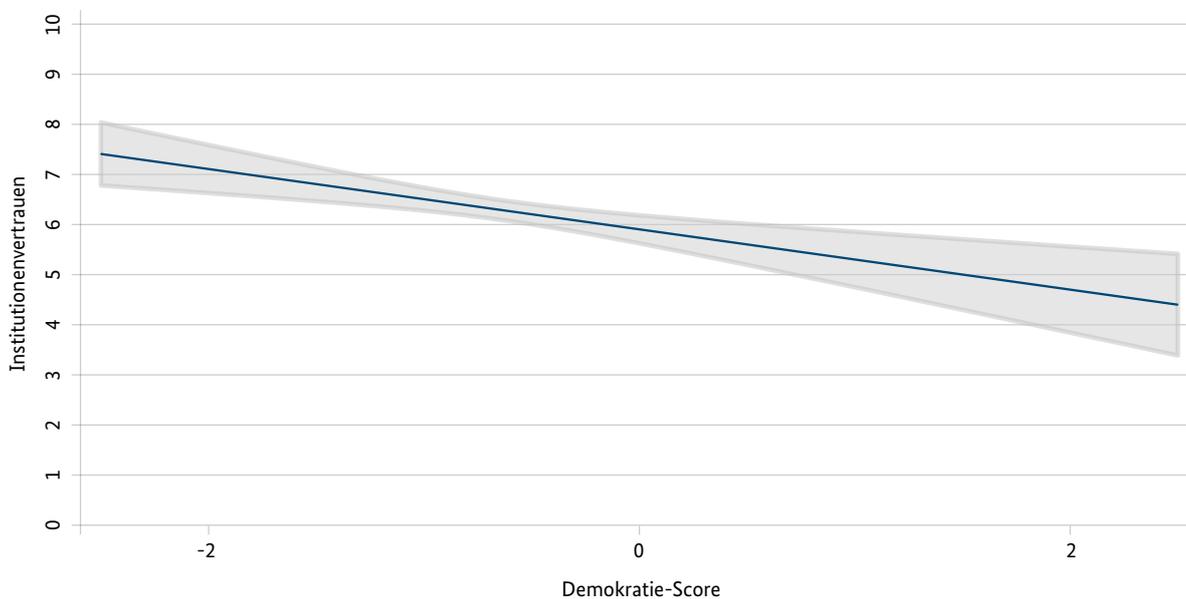
Der Forschung zufolge spielt bei Zugewanderten die Aufenthaltsdauer im Aufnahmeland eine wichtige Rolle. So fällt das Institutionenvertrauen umso geringer aus, je länger sie bereits dort leben. Anfänglich befinden sie sich in einer Art „Honeymoon-Phase“ im Sinne einer sehr positiven Bewertung der Demokratie. Dieser Effekt lässt mit der Zeit jedoch nach, insbesondere wenn Erfahrungen in Deutschland nicht wie erwartet oder nicht immer positiv sind und nach einiger Zeit (vermeintliche) Probleme oder Schwachstellen der deutschen Institutionen wahrgenommen werden (Beilmann et al., 2019; Röder & Mühlau, 2012; SVR, 2020). Nicht zuletzt ist auch denkbar, dass sich das Erlernen der **deutschen Sprache** und die damit einhergehenden Möglichkeiten, sich besser mit den Institutionen zu beschäftigen, auf das Institutionenvertrauen auswirken. Auch der Zusammenhang dieser Merkmale mit dem Institutionenvertrauen soll im Folgenden analysiert werden.

Um zu ermitteln, inwiefern die Aufenthaltsdauer in Deutschland, die demokratische Lage im Herkunftsland sowie die Deutschkenntnisse mit dem Institutionenvertrauen zusammenhängen und inwieweit sie die verbleibenden Unterschiede im Institutionenvertrauen zwischen Geflüchteten und Personen mit einer anderen

eigenen Migrationserfahrung erklären können, werden die Analysen aus dem vorherigen Kapitel für Geflüchtete und Zugewanderte ohne Fluchterfahrung wiederholt und durch diese migrationsbezogenen Merkmale ergänzt. Dabei werden nur Personen in die Analysen einbezogen, die – wie die Geflüchteten – ab 2013 nach Deutschland gekommen sind.

Die Analysen zeigen, dass mit niedrigeren Werten des Herkunftslandes auf dem Demokratie-Index – das heißt, je weniger demokratisch die Verhältnisse im Herkunftsland im Jahr vor dem Zuzug nach Deutschland im Durchschnitt waren – das allgemeine Vertrauen in die deutschen Institutionen höher ausfällt (Abbildung 3). Dies steht im Einklang mit bisherigen Erkenntnissen (z. B. Röder & Mühlau, 2012) sowie mit der zuvor beschriebenen Erwartung, dass Zugewanderte die politischen Verhältnisse im Herkunftsland als Referenzrahmen heranziehen, um die hiesige Demokratie und ihre Institutionen zu beurteilen. Durch die Berücksichtigung des Demokratie-Indexes wird zudem der Unterschied zwischen Geflüchteten und Zugewanderten ohne Fluchterfahrung insignifikant. Das bedeutet, dass sich der Unterschied im Institutionenvertrauen wie erwartet durch die Herkunft der Geflüchteten aus weniger demokratischen Ländern und einem damit einhergehenden

**Abbildung 3: Zusammenhang zwischen demokratischen Verhältnissen im Herkunftsland und dem Institutionenvertrauen (vorhergesagte Werte)**



Quelle: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2021, IAB-SOEP-Migrationsstichprobe, v38.1; Daten gewichtet; N=2.683

Anmerkungen:  $R^2=0,314$ . Dieser Abbildung liegt eine gewichtete, lineare Regression mit robusten Standardfehlern für Geflüchtete und Zugewanderte ohne Fluchterfahrung, die 2013 oder später nach Deutschland gekommen sind, zugrunde. Es wurde für Geschlecht, Alter, Haushaltszusammensetzung, Wohnregion (Ost/West), Bildung, Erwerbsstatus, Bezug von Sozialleistungen, Zufriedenheit mit der Gesundheit und dem Einkommen sowie allgemeine Lebenszufriedenheit, Sorgen um Ausländerfeindlichkeit, politisches Interesse, Einstellungen zur Verantwortung des Staats, Deutschkenntnisse und Aufenthaltsdauer kontrolliert.

Lesebeispiel: Je höher der Wert eines Herkunftslandes im Vorjahr des Zuzugs nach Deutschland war, d. h., je demokratischer es war, desto geringer fällt das Institutionenvertrauen aus.

höheren Institutionenvertrauen in Deutschland erklären lässt.<sup>2</sup>

Die Aufenthaltsdauer steht in den vorliegenden Analysen in keinem signifikanten Zusammenhang mit dem Institutionenvertrauen (ohne Abbildung). Jedoch ist zu bedenken, dass in den Analysen nur Personen berücksichtigt wurden, die 2013 oder später nach Deutschland kamen und somit erst vergleichsweise kurz hier leben. Zudem gibt es nur verhältnismäßig wenig Varianz in der Aufenthaltsdauer innerhalb dieser Gruppe, sodass die Ergebnisse zur Aufenthaltsdauer auf Basis der vorliegenden Daten nur bedingt verallgemeinerbar sind. Auch für die Deutschsprachkenntnisse findet sich bei den Zugewanderten, die 2013 oder später nach Deutschland kamen, kein signifikanter Zusammenhang mit dem allgemeinen Institutionenvertrauen (ohne Abbildung).

## Fazit

Die vorliegende Kurzanalyse untersucht auf Basis von Daten der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten, der IAB-SOEP-Migrationsstichprobe und des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) das Institutionenvertrauen von Geflüchteten im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen in Deutschland im Jahr 2021. Aufgrund des umfassenden Fragenprogramms und der großen Stichprobe Geflüchteter in diesem Datensatz kann ihr Institutionenvertrauen umfassend untersucht und – durch die Abstimmung mit den anderen Befragungen im Rahmen des Sozio-oekonomischen Panels – mit anderen Bevölkerungsgruppen verglichen werden. Dabei ist das Institutionenvertrauen bei Geflüchteten im Vergleich zu Zugewanderten ohne Fluchterfahrung und Personen ohne Migrationshintergrund am stärksten ausgeprägt.

Verschiedene demografische, sozioökonomische sowie Einstellungsmerkmale hängen zwar mit dem Institutionenvertrauen von Geflüchteten zusammen, können aber den Unterschied zwischen diesen und Personen ohne Migrationshintergrund sowie Zugewanderten ohne Fluchterfahrung nicht erklären. Insbesondere Geflüchtete im mittleren und höheren Alter vertrauen den Institutionen deutlich mehr als jüngere. Außerdem fällt das Vertrauen größer aus, je weniger Sorgen sie sich um Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass in Deutschland machen, je zufriedener

sie mit ihrem eigenen Einkommen sind und wenn sie eine Ausbildung oder Lehre machen oder auch nicht erwerbstätig sind. Höher gebildete Geflüchtete vertrauen hingegen weniger stark.

Empirische Studien fassen Personen mit Migrationserfahrung meist zusammen, wobei deren Heterogenität nicht berücksichtigt wird. Die vorliegende Studie zeigt jedoch, dass diese Verallgemeinerung potenziell zu falschen Schlüssen führt. Denn oftmals wird berichtet, dass Zugewanderte allgemein ein größeres Institutionenvertrauen aufweisen. Dagegen deuten die Befunde der vorliegenden Studie eher darauf hin, dass insbesondere Geflüchtete ein höheres Institutionenvertrauen haben, nicht aber alle Zugewanderten per se. Aspekte wie der Herkunftskontext scheinen hierbei eine Rolle zu spielen. Die Analysen zeigen, dass Zugewanderte den deutschen Institutionen umso mehr Vertrauen schenken, je weniger demokratisch ihr Herkunftsland vor dem Zuzug nach Deutschland war. Dies kann auch die Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Fluchterfahrung in der Gruppe der Selbst-Zugewanderten erklären. Offenbar ziehen Personen die demokratischen oder undemokratischen Verhältnisse in ihrem Herkunftsland als Referenzrahmen für die Beurteilung der deutschen Institutionen heran.

Einige Merkmale können in den vorliegenden Analysen nicht berücksichtigt werden, da sie entweder nicht für alle Gruppen erhoben wurden oder sie nicht Teil der Befragung waren. So kann etwa die Bewertung der (Aufnahme-)Gesellschaft nur sehr begrenzt über die Sorgen hinsichtlich Ausländerfeindlichkeit und die Zufriedenheit in verschiedenen Lebensbereichen erfasst werden. Es spielen aber auch die Bewertung der politischen Selbstwirksamkeit (SVR, 2019) sowie die Zufriedenheit mit der Demokratie und dem Handeln der politischen Akteurinnen und Akteure eine Rolle (Decker et al., 2019). Zudem wird der Aufenthaltsstatus aufgrund der geringen Varianz hier nicht berücksichtigt. Analysen auf Basis des Thüringen-Monitors zufolge weisen Geflüchtete, wenn noch nicht über ihren Asylantrag entschieden oder dieser abgelehnt wurde, ein geringeres Institutionenvertrauen auf als Geflüchtete mit einer Aufenthaltserlaubnis. Offenbar wirkt sich der Schutzstatus aber nur auf das Vertrauen in Behörden und Institutionen aus, die mehr oder weniger direkt für den Asylstatus verantwortlich sind oder von den Geflüchteten so angesehen werden, also Gerichte, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Sozialämter und Ausländerbehörden (Beilmann et al., 2019). Wenngleich sich diese Entwicklung in den vorliegenden Analysen (noch nicht) abzeichnet, ist – auf Basis bisheriger Forschungsergebnisse – davon auszugehen, dass sich das Institutionenvertrauen der Geflüchteten an das in Deutschland vorherrschende Niveau angleichen wird (z. B. SVR, 2020; Voicu & Tufiş, 2017).

<sup>2</sup> Hier ist anzumerken, dass nur Personen in die Analysen einbezogen wurden, die 2013 oder später nach Deutschland gekommen sind. Diese machen jedoch nur rund 30 % unter den Zugewanderten ohne Fluchterfahrung aus. Rechnet man dasselbe Modell für alle Personen mit Migrationshintergrund, für die es Informationen zu den demokratischen Verhältnissen im Herkunftsland im Vorjahr des Zuzugs gibt, zeigt sich ein ähnlicher Zusammenhang zwischen Demokratie-Index und Institutionenvertrauen.

Wie die Analysen zeigen, gehen Sorgen um Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass in Deutschland bei Geflüchteten mit einem geringeren Institutionenvertrauen einher; dies trifft umso mehr zu, je gravierender diese Sorgen ausfallen. Insbesondere im Angesicht der zurzeit vermehrt auftretenden ausländerfeindlichen und populistischen Rhetorik in Politik und Öffentlichkeit gilt es, dieser Entwicklung entschieden entgegenzutreten. Auch die zunehmend restriktivere Migrations- und Integrationspolitik hat das Potenzial, das Institutionenvertrauen der Geflüchteten zu verringern, insofern dies als (weitere) Ablehnung und Ausgrenzung verstanden wird. In Anbetracht dessen und der Erkenntnisse aus dieser Studie sollten das Institutionenvertrauen der Geflüchteten weiter differenziert erforscht und die künftige Entwicklung im Zeitverlauf und im Kontext des Institutionenvertrauens der Gesamtbevölkerung beobachtet werden.

## LITERATURVERZEICHNIS

- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. (2020). *Länderreport 25. Irak. Die Entstehung einer neuen Protestbewegung*. Nürnberg. <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Behoerde/Informationszentrum/Laenderreporte/2020/laenderreport-25-irak.html>
- Beelmann, A., Noack, P., Dingfelder, J., Schmidtke, F., Lutterbach S. & Schulz, A. (2019). *Thüringen-Monitor Integration. Lebenslagen, Einstellungen und Perspektiven von Geflüchteten*. Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Blätte, A., Dinnebier, L. & Schmitz-Vardar, M. (2023). *Vielfalt sucht Repräsentation – Amts- und Mandatsträger\*innen in der Kommunalpolitik* (Schriften zur Demokratie Nr. 67). Berlin. Heinrich-Böll-Stiftung.
- Brand, T., Follmer, R. & Unzicker, K. (2020). *Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020. Eine Herausforderung für uns alle. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsstudie*. Gütersloh. Bertelsmann-Stiftung. <https://doi.org/10.11586/2020046>
- Brücker, H., Kroh, M., Bartsch, S., Goebel, J., Kühne, S., Liebau, E., Trübswetter, P., Tucci, I., & Schupp, J. (2014): The new IAB-SOEP Migration Sample: an introduction into the methodology and the contents. *SOEP Survey Paper 216, Series C*. Berlin, Nürnberg. DIW Berlin.
- Brücker, H., Rother, N. & Schupp, J. (2018). *IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016: Studiendesign, Feldergebnisse sowie Analysen zu schulischer wie beruflicher Qualifikation, Sprachkenntnissen sowie kognitiven Potenzialen* (Forschungsbericht 30). Nürnberg. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Forschungsberichte/fb30-iab-bamf-soep-befragung-gefluechtete-2016.html>
- Decker, F., Best, V., Fischer, S. & Küppers, A. (2019). *Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik?* Bonn. Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Dollmann, J. (2022). The Political Integration of Immigrants: How Pre- and Postmigration Contexts Matter. *Journal of International Migration and Integration*, 23(3), 1091–1125. <https://doi.org/10.1007/s12134-021-00867-5>
- Faus, R. & Storks, S. (2019). Gesundes Misstrauen oder Vertrauenskrise? In R. Faus, T. Mannewitz, S. Storks, K. Unzicker & E. Vollmann (Hrsg.), *Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?* (S. 62–95). Gütersloh. Bertelsmann-Stiftung.
- Giesselmann, M., Bohmann, S., Goebel, J., Krause, P., Liebau, E., Richter, D., Schacht, D., Schröder, C., Schupp, J. & Liebig, S. (2019). The Individual in Context(s): Research Potentials of the Socio-Economic Panel Study (SOEP) in Sociology. *European Sociological Review*, 35(5), 738–755. <https://doi.org/10.1093/esr/jcz029>
- Goebel, J., Grabka, M. M., Liebig, S., Kroh, M., Richter, D., Schröder, C. & Schupp, J. (2019). The German Socio-Economic Panel (SOEP). *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik (Journal of Economics and Statistics)*, 239(2), 345–360. <https://doi.org/10.1515/jbnst-2018-0022>
- IAB-BAMF-SOEP-Befragung Geflüchteter (M3-M5), Daten der Jahre 2016-2021, <https://doi.org/10.5684/soep.iab-bamf-soep-mig.2021.1>
- IAB-SOEP-Migrationsstichproben (M1, M2), Daten der Jahre 2013-2021, DOI: 10.5684/soep.iab-soep-mig.2021.1
- IntMK – Integrationsministerkonferenz. (2023). *Siebter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder. Bericht 2023 Berichtsjahre 2019 – 2021 und Bund-Länder-Integrationsbarometer 2022*.
- Jacobsen, J., Kroh, M., Kühne, S., Scheible, J., Siegers, R. & Siegert, M. (2019). *Supplementary of the IAB-BAMF-SOEP Survey of Refugees in Germany (M5) 2017* (SOEP Survey Papers Nr. 605). Berlin. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Kaufman, D., Kraay, A. & Mastruzzi, M. (2010). *The Worldwide Governance Indicators. Methodology and Analytical Issues* (World Bank Policy Research Working Paper Nr. 5430). World Bank. <https://ssrn.com/abstract=1682130>

- Kroh, M., Brücker, H., Kühne, S., Liebau, E., Schupp, J., Siegert, M. & Trübswetter, P. (2016). *Das Studiendesign der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten* (SOEP Survey Papers Nr. 365). Berlin. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Kühne, S., Jacobsen, J. & Kroh, M. (2019). Sampling in times of high immigration: The survey process of the IAB-BAMF-SOEP Survey of Refugees. *Survey Methods: Insights from the Field*. Vorab-Onlinepublikation. <https://doi.org/10.13094/SMIF-2019-00005>
- Maxwell, R. (2010). Evaluating Migrant Integration: Political Attitudes across Generations in Europe. *International Migration Review*, 44(1), 25–52. <https://doi.org/10.1111/j.1747-7379.2009.00797.x>
- Newton, K., Stolle, D. & Zmerli, S. (2018). Social and Political Trust. In E. M. Uslaner (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Social and Political Trust* (S. 37–56). Oxford University Press.
- OECD – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2023). *Indikatoren der Integration von Zugewanderten 2023 – Settling in*. OECD Publishing. <https://doi.org/10.1787/13226de3-de>
- Pickel, G., Pickel, S. & Yendell, A. (2020). Zersetzungspotenziale einer demokratischen politischen Kultur: Verschwörungstheorien und erodierender gesellschaftlicher Zusammenhalt? In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität: Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (Originalausgabe, S. 89–118). Gießen. Psychosozial-Verlag.
- Röder, A. & Mühlau, P. (2012). Low Expectations or Different Evaluations: What Explains Immigrants' High Levels of Trust in Host-Country Institutions? *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 38(5), 777–792. <https://doi.org/10.1080/1369183X.2012.667986>
- Sirries, S., Böhm, A., Brücker, H. & Kosyakova, Y. (2016). Auf der Flucht – Motive und Kosten. In Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.), *IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse* (Forschungsbericht 29). Nürnberg.
- Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), Version 38.1, Daten der Jahre 1984–2021 (SOEP-Core v38.1, EU-Edition – Update). 2023. <https://doi.org/10.5684/soep.core.v38.1eu>
- SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration. (2019). Mit der Politik auf Du und Du? Wie Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ihre politische Selbstwirksamkeit wahrnehmen (Policy Brief des SVR-Forschungsbereichs und des DeZIM-Instituts). Berlin. Forschungsbereich beim SVR. [https://www.svr-migration.de/publikation/politische\\_selbstwirksamkeit/](https://www.svr-migration.de/publikation/politische_selbstwirksamkeit/)
- SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration. (2020). *Zusammenrücken in Zeiten der Distanz. SVR-Integrationsbarometer 2020*. Berlin. <https://www.svr-migration.de/publikation/ib2020/>
- Tyrberg, M. (2023). The Impact of Discrimination and Support on Immigrant Trust and Belonging. *European Political Science Review*, 1–17. <https://doi.org/10.1017/S1755773923000139>
- Voicu, B. & Tufiş, C. (2017). Migration Trust: Contextual Determinants of International Migrants' Confidence in Political Institutions. *European Political Science Review*, 9(3), 351–373. <https://doi.org/10.1017/S1755773915000417>
- Vroome, T. de, Hooghe, M. & Marien, S. (2013). The Origins of Generalized and Political Trust among Immigrant Minorities and the Majority Population in the Netherlands. *European Sociological Review*, 29(6), 1336–1350. <https://doi.org/10.1093/esr/jct018>
- Weiß, J. & Tosun, J. (2021). Akzeptanz der Abstandregeln in Zeiten der Corona-Pandemie (Policy Brief, 6). Köln. gesis – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften).
- Wilkes, R. & Wu, C. (2019). Immigration, Discrimination, and Trust: A Simply Complex Relationship. *Frontiers in Sociology*, 4(32). <https://doi.org/10.3389/fsoc.2019.00032>

## DIE AUTORIN

Dr. Amrei Maddox ist wissenschaftliche Mitarbeitende des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg.

Amrei.Maddox@bamf.bund.de

---

### IMPRESSUM

#### Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge  
Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl  
90461 Nürnberg

#### Stand

04/2024

#### Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg

#### Besuchen Sie uns auf

<http://www.bamf.de/forschung>  
[www.facebook.com/bamf.socialmedia](http://www.facebook.com/bamf.socialmedia)  
 @BAMF\_Dialog  
 @bamf\_bund  


#### Zitation

Maddox, A. (2024). Institutionenvertrauen Geflüchteter in Deutschland (Kurzanalyse 02|2024). Nürnberg. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. <https://doi.org/10.48570/bamf.fz.ka.02/2024.d.04/2024.institutionenvertrauen.1.0>

#### ISSN

2750-1434

Sie können diese Publikation als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen.

Diese Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.